Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 58 — Donnerstag, den 10. März 1921 — 49. Jahrgang

Deutsche Stimmung in Berlin.

(TU) Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich vor dem Potsdamer Bahnhof aufgestellt, um unsere aus London heimkehrende Delegation zu begrüßen. 10 Minuten vor der Ankunft des Zuges erschienen Reichskanzler Fehrenbach mit Frau Dr. Simons, die Unterstaatssekretäre v. Haniel und v. Albert, der Gesandte v. Lucius, Geheimrat Trautmann und zahlreiche Herren vom Auswärtigen Amt. Der Zug lief mit starker Verspätung um 7.50 Uhr ein. Als Dr. Simons mit dem Reichskanzler Fehrenbach und seiner Gattin den Bahnsteig verließ, hielt Professor Archenhold, der Direktor der Treptower Sternwarte, eine kurze Ansprache, die mit den Worten schloß: Sie, Herr Minister, haben in London wie ein wackerer Deutscher gehandelt. Unter endlosen Zurufen der Menge und unter den Klängen der „Wacht am Rhein" gelang es dem Minister mit seiner Gattin, sich aus den lebensgefährlichen Gedränge der begeisterten Menge in sein Automobil zu retten.

Nach einer Wolffmeldung waren neben den Berliner Pressevertretern fast alle in Berlin tätigen ausländischen Journalisten anwesend. Bahnsteig und Halle, die Treppen und Rampen, der weite Potsdamer Platz und die Nebenstraßen sowie die Fenster der umliegenden Gebäude waren von gewaltigen Menschenmassen dicht besetzt. Der Wagenverkehr stockte vollständig, die Begeisterung war ungeheuer. Ohne Unterbrechung brausten vieltausendstimmige Hochrufe auf Dr. Simons und Deutschland durch die Menge. Nur schrittweise konnte den Herren der Weg freigemacht werden. Bei der Abfahrt der Kraftwagen brach die Menge von neuem in spontane Huldigungen aus.

Düsseldorf unter der Gewaltherrschaft.

(TU) Die ersten unangenehmen Wirkungen der Besetzung auf den einzelnen Düsseldorfer machen sich jetzt bereits fühlbar. So hat die Besatzungsbehörde verlangt, daß jeder Bewohner einen Personalausweis haben muß. Infolgedessen drängt man sich in den Polizeibureaus in langen Ketten, um solche Ausweise zu bekommen. Auch hat die Besatzungsbehörde in großer Anzahl Wohnungen für Offiziere angefordert und schreitet zur Beschlagnahme von Wohnungen. Dadurch werden Wohnungssuchende, die seit Monaten auf ein Domizil warten, jetzt völlig ihrer Hoffnungen beraubt. Auch die Presse hat die ersten Einschränkungen zu erleiden. Sie darf nichts mehr über Truppenbewegungen der Entente veröffentlichen, auch darf kein Angriff auf die Ententepolitik erfolgen. Der Zugverkehr von Düsseldorf nach dem unbesetzten Gebiet ist insofern beschränkt, als nur noch Arbeiter- und Dienstzüge verkehren. Im übrigen bewegen sich die Ententesoldaten schon vollständig zwanglos in allen Straßen der Stadt; am zahlreichsten sind die Franzosen in ihren hellblauen Uniformen zu beachten. Gestern sind neue französische Tanks angekommen. Die Frage der Schutzpolizei ist noch nicht gelöst. Die Waffen sind den Polizisten zurückgegeben worden.

Die Besatzungsbehörde hat verfügt, daß in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens sich niemand auf der Straße aufhalten darf. Die Sipo muß ihren gegenwärtigen Bestand von 1150 Mann auf 600 Mann herabsetzen. Uniformierte Beamte unterliegen dem Grußzwang gegenüber den Offizieren der Besatzungsarmee. Nach einer Mitteilung der französischen Bahnhofskommandantur geht der Eisenbahnverkehr nach allen Richtungen in der bisherigen Weise weiter. Der Rheinische Provinziallandtag, der zum Sonnabend einberufen ist, wird in Düsseldorf tagen. Die Besatzungsbehörde hat die Genehmigung zur Tagung jedoch nur unter der Bedingung erteilt, daß auf der Tagung keine Kundgebung gegen die Besatzungstruppen erfolgt. Seit gestern unterliegt die Verladung der Kohlen in dem Hafen von Ruhrort der Kontrolle der interalliierten Offiziere. — Der Sonderberichterstatter des „Journal" meldet aus Düsseldorf, daß dort viele Haussuchungen abgehalten worden sind. Die Bevölkerung wird aufgefordert, binnen zwei Tagen die Waffen abzuliefern.

Auch Homborn und Walsum besetzt.

(TU) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Homborn und der Kohlenhafen der August Thyssen-Hütte Sweiger gestern nachmittag von einer Eskadron französischer Kavallerie (100 Mann) besetzt worden ist. Walsum ist gleichfalls von einer französischen Radfahrerkompagnie (200 Mann) besetzt worden. Verstärkung der Besatzungstruppen wird heute erwartet. Die Schutzpolizei versieht ihren Dienst mit der Waffe weiter. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Trotzdem wurde der Belagerungszustand verhängt. In Duisburg liegen 7 Kompagnien Franzosen und 5 Kompagnien Belgier sowie eine Fliegerstaffel. Die Schutzpolizei wurde bis jetzt nicht entwaffnet. Man erwartet heute den Einmarsch großer Truppenmassen. Es geht das Gerücht, daß auch Oberhausen besetzt werden soll.

Beratung weiterer Maßnahmen gegen Deutschland.

(TU) Der Oberste Rat tritt heute nachmittag in London zusammen, um über weitere Maßnahmen gegenüber Deutschland zu beraten. Obwohl man die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen fortdauernd erörtert, wird die Frage aufgeworfen, ob es wohl ratsam sei, daß die gleiche deutsche Delegation nach London zurückkehre. Die Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs hat in London gar keinen Eindruck hervorgerufen. Die Blätter drucken die Telegramme ohne irgend einen Kommentar ab. Blätter von verschiedener Richtung, wie „Evening Standard" und „Westminster Gazette" prophezeien, daß die Gewaltmaßnahmen nicht von langer Dauer sein werden. Nach der „Evening Standard" besteht der Eindruck, daß die Verhandlungen innerhalb zwei Wochen wieder aufgenommen werden. Die Londoner Börse wurde von dem Abbruch der Konferenz wesentlich beeinflußt. Die 5%ige englische Kriegsanleihe ging auf 85 zurück und auch die anderen englischen Anleihen brückelten ab.

Der Oberste Rat der Verbündeten in London hörte einen Bericht der militärischen Sachverständigen über die Durchführung der neuen Besetzung. Dann wurde die Anwendung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen geprüft. Es lag ein Bericht der Rheinland-Oberkommission vor über die Errichtung der Zollgrenze am Rhein. Die Verbündeten beabsichtigen weiter den von den Parlamenten zu genehmigenden Gesetzentwurf festzustellen, durch den die Angehörigen der Verbandsländer zur Ablieferung eines gewissen Anteils an den Zahlungen für deutsche Waren an die Regierungen veranlaßt werden sollen. Lloyd George gab gestern dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission, Tirard, Weisungen für die sofortige Beschlagnahme der deutschen Zölle. Die Kommission soll in kürzester Frist einen Bericht über die geeigneten Maßnahmen vorlegen. Der Vorsitzende der Kommission hat in Befolgung dieser Weisung bereits die deutschen Zollbeamten dem Befehl der Oberkommission unterstellt. Sämtliche Zolleinnahmen wurden mittlerweile beschlagnahmt. Die Vertreter der Rheinlandkommission haben mit der Kontrolle der deutschen Zollämter begonnen.

Die unzufriedene Londoner City.

(TU) Es wird immer deutlicher, daß die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, insbesondere die 30prozentige Besteuerung der deutschen Ausfuhr bei den Alliierten selbst auf große Abneigung stößt, sogar der größte Teil der englischen Handels- und Industriewelt erhebt gegen diese Maßnahmen ebenso heftigen Widerspruch wie gegen das angekündigte Dumpinggesetz. Man befürchtet, daß der deutsche Handel durch Verwirklichung solcher Maßnahmen den Weg nach Amerika und den neutralen Staaten nehmen werden. In der City von London ist man besonders empört, da das ganze Geschäft mit Deutschland ins Stocken geraten ist. Die Deutschen ziehen alle Aufträge zurück. Man sagt, es sei ebenso wie während des Krieges.

Der größte diplomatische Bankerott der Weltgeschichte.

(TU) Die „Westminster Gazette" nennt das Scheitern der Londoner Konferenz einen Bankerott der Diplomatie ohnegleichen in der Weltgeschichte. Der „Manchester Guardian" nennt die Sanktionen einen Blender von größter und verhängnisvollster Bedeutung. Durch die Haltung der britischen Regierung und des Ministerpräsidenten, sagt das Blatt, wird eine Politik getrieben, die direkt im Gegensatz zu unseren nationalen Interessen steht.

Reichstag.

(Sitzung vom 9. März.)

Bei der heutigen Weiterberatung des Haushalts des Reichsschatzministeriums begründet Abg. Hammer (D.-Natl.) seinen Antrag auf ein Reichsgesetz, daß bei Vergebung der Lieferungen durch das Reich und die Länder mit der bisherigen Art des Submissionswesens gebrochen und der Handwerker ohne weiteres mit der betreffenden Arbeit betraut werden soll. — Abg. Lange (D.) hält den Antrag nicht für annehmbar. Er sei einfach nicht durchzuführen, da die Länder sich nicht daran kehren würden. — Nachdem noch weitere Parteien sich dagegen ausgesprochen, wird der Antrag Hammer im Wege des Hammelsprunges mit 202 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Der Zentrumsantrag Allekotte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Biener (D.-Natl.) führt Beschwerde darüber, daß die Militärbäckereien den Handwerksbetrieben vielfach Konkurrenz machen. — Schatzminister von Raumer: Von der Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden Handwerker- und Mittelstandes bin ich so überzeugt, daß der Mittelstand meiner Förderung sicher sein kann. Ich bemühe mich auch nach Kräften, die Techniker mehr als bisher zur Verwaltung heranzuziehen. Die Militärbäckereien dürfen nicht an Private liefern. Das Elektrizitätswirtschaftsgesetz läßt sich leider bis zum 1. 4. nicht fertigstellen. — Abg. Hoch (Soz.) fordert ein energischeres Einschreiten gegen Schiebungen, wie sie in Hanau bei der Verwertung des Heeresgutes vorgekommen sein sollen. Daran sei beteiligt die Brandenburger Metallgesellschaft. Regierungsrat Linneberg vom Reichsschatzministerium habe durch sein Gutachten die Anwendung eines illegalen Verfahrens bei der Gewichtsangabe ermöglicht. Dem Redner, der der Sache nachgegangen sei, seien von den Beamten des Ministeriums eingestandenermaßen falsche Zahlen angegeben worden. Regierungsrat Linneberg habe sich entweder bestechen lassen, oder er sei unfähig. Dieser Beamte sei aber nach diesem Vorgange zum Ministerialrat ernannt worden, obwohl der Personalreferent über die Angelegenheit unterrichtet gewesen sei. (Hört! Hört! bei den Soz.) — Schatzminister Raumer: Der vorgetragene Fall hat sich vor meinem Amtsantritt zugetragen. Mich interessiert die Mentalität des Abg. Hoch, der es fertigbringt, von der Tribüne solche Anschuldigungen gegen einen hohen Beamten zu richten. Solange er nicht Beweise dafür vorbringt, muß ich mich schützend vor meinen Beamten stellen. Ich bedauere, daß Abg. Hoch diese schweren Angriffe erhoben hat, ohne dem Ministerium vorher sein Material vorzulegen. — Abg. Hoch (Soz.): Ich habe ja gerade über die Vorgänge Beschwerde geführt, die sich abgespielt haben, nachdem ich mein Material dem Ministerium vorgelegt hatte. Der Ministerialrat hat mich ja eben mit den falschen Zahlen getäuscht und diese Täuschung später eingestanden. Was ich hier vorgetragen habe, ist ja Material aus dem Ministerium. Ich habe dem Minister auch die Sache im Ausschuß vorgetragen, aber er hat mich mit der Antwort abgespeist, daß Herr Linneberger wegen seiner Fähigkeiten befördert ist, dieser Beamte, der eine Gewichtsdifferenz von 400 000 Kilogramm entweder nicht bemerkt oder absichtlich verschwiegen hat. — Minister Raumer: Es ist bereits eine neue Untersuchung eingeleitet. Solange nicht strikte Beweise vorgebracht sind, werde ich mich vor die Beamten stellen. — Der Rest des Schatzetats wird nunmehr genehmigt.

Es folgt der Haushalt des Reichsministers des Innern. — Abg. Dr. Braun (Soz.) beklagt, daß immer noch so viele Kriegsgesellschaften bestehen. Redner greift dann den Minister Koch an wegen einer Rede in Bremen und wegen verschiedener Schreiben und Aufrufe, die stark parteilichen Geist zeigten. — Abg. Dr. von Delbrück (D.-N.): Der Haushaltsplan von 1920 gibt ein getreues Bild von den Nöten und Sorgen des deutschen Volkes. Dabei enthält er noch viele Hoffnungen und Entwürfe. Aus der beigefügten Denkschrift ersehen wir nichts von einer zielbewußten Organisation und Sparsamkeit, sondern an vielen Stellen nur ein starkes Neben- und Durcheinander. Den Prozeß der Aussaugung der Einzelstaaten und der Autonomie der Provinzen braucht man nicht zu beschleunigen, die notwendige Entwicklung vollzieht sich von selbst. — Reichsminister Koch ist der Ansicht, daß wir auch unter den gegenwärtigen Umständen die kulturellen Anforderungen nicht zurückstellen können. Daß gewisse Ministerien aus Sparsamkeitsgründen zusammengelegt werden können leuchtet ein. Was das Verhältnis des Reiches zu Preußen anbelangt, so wäre es falsch leugnen zu wollen, daß hier Uebelstände vorgelegen haben, das ist aber auch beim alten Reich der Fall gewesen. Der Abg. von Delbrück hat ja selbst als preußischer Minister einmal die Flucht in die Oeffentlichkeit unternehmen müssen. Allerdings hat die Hegemoniestellung Preußens im neuen Staat aufhören müssen. Eine Ausdehnung des Machtbereichs der Reichsregierung liegt nicht in unserem Interesse. Wenn es uns aber nicht gelingt, den Reichsgedanken überall in den Ländern durchzusetzen, kommen wir nicht durch. So lange das Reich nicht über eine einheitliche Polizei verfügt, kann ich nicht verantwortlich gemacht werden für mangelhaftes Durchgreifen gegen die Orgesch und gegen das internationale Verbrechertum. Wir brauchen eine Reichskriminalpolizei. Die Uebergriffe der interalliierten Kommissionen gegen pflichtgetreue Beamte und Landesbehörden nehmen immer mehr zu. (Hört! Hört!)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag vertagt.

Bevorstehender Sturz der Sowjetregierung?

(TU) Ein bolschewistischer Angriff gegen Kronstadt ist zurückgewiesen worden. Die Lage ist gegenwärtig folgende: Die roten Truppen sind Herren der Lage in Petersburg. Kronstadt dagegen ist mit Ausnahme von zwei vorgerückten Forts im Besitze der Rebellen. — Die „Chikago Tribune" berichtet aus Washington, daß nach offiziellen Informationen der amerikanischen Regierung die revolutionäre Bewegung in Rußland sich schnell ausdehnt und daß der Sturz der Sowjetregierung unmittelbar bevorsteht.

Nach Berichten aus dem Innern Rußlands und nach aufgefangenen Funksprüchen der Sowjetregierung sind außerordentlich strenge Maßnahmen von der Sowjetregierung ergriffen worden, darunter Beschlagnahme des Eigentums aller derer, die den Befehlen nicht Folge leisten und anderes mehr. Massenhinrichtungen werden bis zu einem Fünftel an der Bevölkerung ausgeführt. Aber weder dieses Blutbad noch Strafverschickungen haben Erfolg gehabt. Die jungen Bauern weigern sich fast durchweg, dem Einrückungsbefehl zu folgen; sie leisten häufig bewaffneten Widerstand. Die Zahl der Deserteure nimmt stetig zu. Die Soldaten verlassen die rote Armee aus Furcht vor der Bevölkerung, welche die Bolschewisten haßt und jede Gelegenheit benutzt, sich für die erlittenen Entbehrungen und Gewaltmaßnahmen zu rächen.

Ueber die Petersburger Kämpfe wird nach Kopenhagen gemeldet: 40 000 Matrosen und Garnisontruppen marschierten aus Kronstadt gegen Petersburg. Es kam auf dem Eise zu furchtbaren Kämpfen. Die Sowjettruppen versuchten, die Aufrührer zu umfassen, da eröffneten der Panzerkreuzer „Petropawlowsk", dessen Mannschaft zu den Revolutionären übergegangen ist, ein furchtbares Sperrfeuer mit dem Resultat, daß das Eis hinter den roten Truppen in Stücke geschossen wurde. Danach wurde ein rotes finnisches Schützenregiment abgeschnitten und das ganze Regiment wurde durch das Artilleriefeuer des russischen Panzers vernichtet oder versank in den Fluten. Die Sowjetregierung hat sich entschlossen, den Aufrührern wirksam entgegenzukommen. Die „Times" melden aus Helsingfors, Kronstadt wurde nach 36stündigem Bombardement durch Sowjettruppen in Brand geschossen. Im Zentrum wütet ein verheerendes Feuer. Die Kronstädter Matrosen halten Petersburg sowie die Vorstadt Schlüsselburg unter Feuer.

Der spanische Ministerpräsident ermordet

(W) Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Madrid wurde Dienstag in dem Augenblick, als Ministerpräsident Dato das Parlament verließ, von Männern, die sich ebenfalls in einem Auto befanden und mit großer Eile den Wagen des Ministerpräsidenten überholten, dieser durch einen Revolverschuß getötet. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid soll es sich bei den Mördern um drei Männer handeln. Man vermutet, daß es Syndikalisten sind.

Die Leiche wurde vorgestern in den Abendstunden nach seiner Wohnung übergeführt und dort aufgebahrt. Die Familie willigte ein, daß Dato im Pantheon beigesetzt werde. Ein Adjutant Datos erklärte, daß Dato davon unterrichtet war, daß ein Anschlag gegen ihn und den König vorbereitet würde. Als der Adjutant sich erbot, ihn überallhin zu begleiten, lehnte er dies ab und sagte, er rechne mit einem baldigen Tode. Das seien nun einmal die Unannehmlichkeiten seines Berufes. — Vicomte Eza übernimmt anstelle Datos das Marineministerium. Es wurde eine dreitägige Nationaltrauer vorgeschlagen. Die Presse verdammt einstimmig diesen Anschlag.

Die Regierungsbildung in Preußen erst nach Ostern.

Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat auf die Anregung der Deutschnationalen für die Bildung einer bürgerlichen Regierung auf breitester Grundlage geantwortet, daß sie bereit sei, an einer Koalition mit möglichst breiter Grundlage sich zu beteiligen. — In den gestrigen interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist die von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschte Wiederherstellung der Koalition nicht gelungen. Zentrum und Demokraten sind für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition. Da diese die Sozialdemokraten ablehnen, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird voraussichtlich von der Möglichkeit des § 159 Absatz 2 der Preußischen Verfassung Gebrauch machen und das bisherige Kabinett die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Regierungsbildung, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der heute zusammentretende Landtag wird sich nur mit der Wahl des Präsidenten befassen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 10. März. **(Verschiedenes.)** Um Zweifel über **das Recht zum Waffenbesitz** zu zerstreuen, weist der Herr Regierungs-Präsident zu Arnsberg darauf hin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. April 1920 in der Fassung vom 15. Juni 1920 für den Regierungsbezirk neben dem Entwaffnungsgesetz noch in Kraft ist und sich jeder strafbar macht, der Waffen und Munition aller Art im Besitz oder Gewahrsam hat, sobald auf ihn nicht die vom Wehrkreiskommando VI gestatteten Ausnahmen vom 12. April 1920 zutreffen.

*

Amtlicher Nachweis von Kriegergräbern.

Der Kriegergräbernachweis und die Kriegergräberfürsorge sind eine von der Reichsregierung anerkannte Ehrenpflicht des deutschen Reiches, zu deren Uebernahme das Reich hinsichtlich der feindlichen Gräber auch durch den Friedensvertrag verpflichtet ist. Mit der Durchführung der großen Aufgabe im In- und Auslande ist das Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48, beauftragt.

Gestützt auf die während des Krieges an der Front und in der Heimat entstandenen und ständig weiter bearbeiteten Gräberakten und Pläne sowie auf die laut Friedensvertrag von den ehemaligen Feinden fortlaufend weiterzuliefernden Unterlagen und auf Grund sonstiger Nachforschungen weist das Zentral-Nachweise-Amt die genaue Lage jedes deutschen Kriegergrabes nach. Es regelt die erforderlichen oder gewünschten Umbettungen und den Grabbesuch im In- und Auslande und erteilt allgemein kostenlos jede gewünschte Auskunft über alle Kriegergräber betreffenden Fragen. Grabnachforschungen unmittelbar im Auslande durch Private und Vereine ohne Vermittlung des Zentral-Nachweise-Amts verursachen den Angehörigen unnötige Kosten und bewirken überdies eine unerwünschte Zersplitterung und Verzögerung der amtlichen Gesamtnachforschungstätigkeit.

Das Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber regelt auch die gesamte deutsche Kriegergräberfürsorge im In- und Auslande und sorgt im besonderen für eine einheitliche, soldatisch einfache, aber würdige Herrichtung aller Kriegerbegräbnisstätten und ihre dauernde Pflege. Soweit nach dem Friedensvertrage die fremden Regierungen dazu verpflichtet sind, nimmt das Zentral-Nachweise-Amt die Interessen der Angehörigen an einer geordneten Gräberpflege wahr. Dabei ist zu bedenken, daß bei dem ungeheuren Umfange der Gräberarbeiten im früher feindlichen Auslande nicht alle Gräber zugleich hergerichtet werden können. Einzelne Gräber auf noch unfertigen Friedhöfen vor der endgültigen behördlichen Fertigstellung herzurichten, ist unzweckmäßig, unwirtschaftlich und auch in hohem Maße unsozial. Die Angehörigen werden daher gebeten, von derartigen Wünschen zunächst abzusehen. Um die Durchführung aller dieser Aufgaben für die Angehörigen gefallener Krieger kostenlos zu gestalten, hat das Reich erhebliche Geldmittel bereitgestellt. Alle Anfragen wolle man an das „Zentral-Nachweise-Amt, Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48" richten.

*

Ergebnis der Wahlen zur Handelskammer Dortmund.

Zu Mitgliedern wurden auf Grund der neuen Wahlordnung im Wege des allgemeinen, gleichen Wahlrechts folgende 38 Herren gewählt: 1. Generaldirektor Geh. Baurat Dr. Beukenberg Hörde, 2. Brauereibesitzer Dr. jur. Brand, Dortmund, 3. Generaldirektor Bergassessor van Bürck, Unna-Königsborn, 4. Bergwerksdirektor Busch, Dortmund-Dorstfeld, 5. Bergwerksdirektor Bergrat Funcke, Kamen, 6. Bergwerksdirektor Bergassessor Haarmann, Brambauer, 7. Bergwerksdirektor Bergassessor Höh, Massen, 8. Generaldirektor Bergrat Kleine, Dortmund, 9. Geh. Kommerzienrat Müser, Dortmund, 10. Generaldirektor Dr.-Ing. Reinhardt, Dortmund, 11. Hüttendirektor Troive, Dortmund, 12. Generaldirektor Dr.-Ing. Vögler, Dortmund, 13. Fabrikbesitzer Rich. Breitenbach, Unna, 14. Generaldirektor Geh. Kommerzienrat Fleitmann, Schwerte, 15. Direktor Ed. Hobrecker, Hamm, 16. Fabrikbesitzer Dr.-Ing. H. Jucho, Dortmund, 17. Fabrikbesitzer Konsul Klönne, Dortmund, 18. Fabrikbesitzer W. Potthoff, Lünen, 19. Ziegeleibesitzer Gustav Mahweg, Dortmund, 20. Generaldirektor Justizrat A. Raude, Dortmund, 21. Brennereibesitzer Paul Schulz-Gahmen, M. d. R., Gahmen, 22. Holzindustrieller Alfred Brügmann, Dortmund, 23. Kommerzienrat Wilh. Köster, Dortmund, 24. Kaufmann F. W. Schulte, Dortmund, 25. Kaufmann Aug. Strohm, Dortmund, 26. Kaufmann Gustav Wiskott, Dortmund, 27. Bankier Robert Wiskott, Dortmund, 28. Kaufmann Rud. Bäumer, Unna, 29. Kaufmann u. Wirt Carl Berkemeyer, Dortmund, 30. Kaufmann W. Braukschulte, Hörde, 31. Kaufmann Siegm. Eppenhausen, Dortmund, 32. Kaufmann Wilh. Kaltenpoth, Castrop, 33. Kaufmann Jul. Lazarus, Dortmund, 34. Kaufmann F. D. Marx, Dortmund, 35. Kaufmann Wilh. Schülerhoff, Hamm, 36. Roedereibesitzer Theod. Kölven, Dortmund, 37. Buchdruckereibesitzer Carl Weay, Hörde, 38. Ingenieur Franz Schlüter, Dortmund.

*

Das neue Postgesetz.

Das neue Postgesetz, das die wiederholt angekündigten und vom Reichstag genehmigten Erhöhungen der Gebühren bringt, ist nunmehr beim Reichstag eingegangen. Die neuen Portosätze sollen danach betragen: für die Postkarte 40 Pfennig; für den Brief bis 20 Gramm 60 Pfennig, von 20 bis 100 Gramm 1 Mark und von 100 bis 250 Gramm 1,50 Mark; für die Drucksache bis 50 Gramm 15 Pfennig, von 50 bis 100 Gramm 30 Pfennig, von 100 bis 250 Gramm 60 Pfennig, von 250 bis 500 Gramm 80 Pfennig und von 500 bis 1000 Gramm 1 Mark; für das Geschäftspapier bis 250 Gramm 60 Pfennig, von 250 bis 500 Gramm 80 Pfennig und von 500 bis 1000 Gramm 1 Mark; für Warenproben bis 250 Gramm 60 Pfennig und von 250 bis 500 Gramm 80 Pfennig; für die Mischsendung aus Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben bis 250 Gramm 60 Pfennig, von 250 bis 500 Gramm 80 Pfennig und von 500 bis 1000 Gramm 1 Mark, und schließlich für das Päckchen bis 1000 Gramm 2 Mark. — Die Paketgebühr wird nach Entfernung und Gewicht erhoben. Bei der Entfernung werden eine Nahzone bis 75 Kilometer, und eine Fernzone, darüber, unterschieden. Die Gebühr beträgt in der Nahzone bis 5 Kilogramm 3 Mark, bis 10 Kilogramm 6 Mark, bis 15 Kilogramm 12 Mark, und bis 20 Kilogramm 18 Mark; in der Fernzone bis 5 Kilogramm 4 Mark, bis 10 Kilogramm 8 Mark, bis 15 Kilogramm 16 Mark und bis 20 Kilogramm 24 Mark. Die Gebühr für Postanweisungen beträgt bis 50 Mark 50 Pfennig, bis 250 Mark 1 Mark, bis 500 Mark 1,50 Mark und bis 1000 Mark 2 Mark. Die Gebühren für Zahlkarten im Postscheckverkehr sollen betragen bis 50 Mark 25 Pfennig, bis 500 Mark 50 Pfennig, bis 1000 Mark 1 Mark, bis 2000 Mark 1,50 Mark und über 2000 Mark 2 Mark. Für jede Auszahlung soll eine Gebühr von einem Zehntel vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags erhoben werden. Für jede Vorauszahlung sowie für die Uebersendung eines Schecks durch das Postscheckamt an eine Postanstalt wird außerdem eine feste Gebühr von 30 Pfennig erhoben. Die Verteuerung des Scheckverkehrs soll 90,5 Millionen Mark bringen. Die Telegraphengebühr wird auf 30 Pfennig für jedes Wort und auf mindestens 3 Mark für jedes Telegramm erhöht.

Zur Rechtfertigung dieser beträchtlichen Erhöhungen wird in der Begründung gesagt, daß das Gesetz nicht allein Deckung schaffen soll für die Teuerungszulagen an die Beamten, Angestellten und Arbeiter, sondern daß es auch Mittel bereitstellen soll zur Beseitigung eines Teils des Defizits. Der Fehlbetrag ist von 271 Millionen im Jahre 1917 gestiegen auf 1305 Millionen im Jahre 1919, und für 1920 wird der Fehlbetrag auf etwa drei Milliarden geschätzt.

*

Ueber die moderne Reklame spricht am morgigen Freitag in der Aula des Realprogymnasiums Herr Kreutzfeld aus Hamm. Ohne Frage wird die moderne Reklame, sei es Zeitungs- oder Schaufenster-Anpreisung, jeden Geschäftsmann interessieren, und deshalb ladet auch der Verein für Handel und Gewerbe alle Fabrikanten, Handel- und Gewerbetreibenden zu diesem Vortrag ein, welcher durch 76 Lichtbilder ergänzt und erläutert wird.

** **Dortmund**, 9. März. **Während einer Aufführung der „Pfarrhauskomödie"**, die am vergangenen Samstag im Reinoldushof veranstaltet wurde, wurden Stinkbomben durch das Fenster in den Saal geworfen, während durch ein anderes Fenster Schwefelsäure gegossen wurde, um die Aufführung zu stören. Die Täter sind nicht gefaßt worden.

Dortmund, 9. März. **(Verschiedenes.)** Sonntag morgen ist in dem Dortmund-Ems-Kanal, in der Nähe des Bootshauses, eine **männliche Leiche gefunden** worden. Personalbeschreibung: Ca. 1,65 Meter groß, 35 bis 40 Jahre alt, rötlichblondes kurzgeschnittenes Haar, kurzgestutzten blonden Schnurrbart, bekleidet mit schwarzem Ueberzieher mit Sammetkragen, schwarzem Rock mit Weste, gestreifter Hose, weißem Oberhemd, Maccoumterhose, grauen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen und schwarzweißgestreifter Kravatte. Kopfbedeckung fehlt. Bei dem Toten wurden folgende Sachen vorgefunden: 1 schwarzlederne Brieftasche, 1 schwarzlederne Geldtasche, 1 schwarzledernes Zigarrenetui, 1 braunlederne Portemonnaie mit 5 Pfg. Inhalt, 1 Paar wildlederne Handschuhe, 1 Perlmuttermesser mit Etui, 1 Bernsteinzigarettenspitze mit Etui, 1 Meerschaumzigarrenspitze, 1 Zigarrenabschneider mit Schere, 1 Bleistift, 2 Schachteln Streichhölzer, 1 grünseidenes Taschentuch, 1 weißes Taschentuch, gez. R. K., 1 Handmanschette und 3 Schlüssel. Außerdem wurde bei dem Toten ein Briefumschlag vorgefunden mit der Bleistiftaufschrift „Richard Kuhl". Das Briefpapier ist in der Buchhandlung Arnold Tittgemeier, Soest i. W., Brüderstraße 15, gekauft worden. Der Tote hat in der Handgepäckaufbewahrung des Südbahnhofs am 5. d. M. eine braunlederne Handtasche mit folgendem Inhalt aufgegeben: Ein Nachthemd, gez. R. K., 1 Frottierhandtuch, 1 Zahnbürste, Seife und 2 Aepfel. Da bei dem Toten irgendwelche Wertsachen, wie: Uhr, Geld, Ringe usw. fehlen, in der Nähe des Fundortes wohnende Anwohner in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag Hilferufe gehört haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Verbrechen vorliegt. Zweckdienliche Angaben über die Persönlichkeit des Toten usw. erbittet der 3. Kriminalbezirk, Steinstraße 48, Zimmer 7. — In der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr drangen Polizeibeamte des 5. Polizeibezirks unter Führung eines Polizeikommissars in die Wohnung des Kellners Adolf Gottschalk, Münsterstraße 5, ein, in welcher schon seit einiger Zeit **eine Spielhölle** unterhalten wurde. Die Eingangstür zur Wohnung war verschlossen, verriegelt, mit einer Sperrkette versehen und noch sonst gegen gewaltsames Eindringen gesichert. Da das Oeffnen einige Zeit in Anspruch nahm, blieb den Spielern Zeit, das Beweismaterial zum Teil zu vernichten. Reste von Kartenspielen und Notizblättern wurden im Küchenherd, im Ofen, im Kohlenkasten, in einem Blumentopf und einem Eisschrank gefunden. Bankhalter war ein Bergmann Oberhaus, der aus einem Versteck hervorgeholt wurde. In den einzelnen Räumen der Wohnung wurden in den verschiedensten Verstecken andere Spieler entdeckt. Der Wohnungsinhaber und alle Spieler, insgesamt zwölf, wurden festgenommen und zur Wache des 5. Bezirks gebracht. Gespielt worden war „Klappertasse" und „Meine Tante — Deine Tante". Es handelt sich um mehr oder weniger bekannte Gewerbs- und Gewohnheitsspieler.

Dortmund, 9. März. **(Schwurgericht.)** Die erste Verhandlung der dritten Tagung des Schwurgerichts richtete sich gegen den 1900 in Strachow, Kr. Czenstochau in Polen, geborenen Arbeiter Siegmund Rosenberg wegen Münzverbrechens. Der Angeklagte ist im Jahre 1915 aus Polen nach Oberschlesien übergetreten, hat dort erst auf einer Schneidemühle, dann auf Zechen gearbeitet und ist im Frühjahr 1919 ins hiesige Industriegebiet gekommen, wo er auf der Zeche „Germania" in Marten Arbeit fand. Im Jahre 1920 erhielt er von seinem in Amerika sich aufhaltenden Bruder größere Geldbeträge gesandt, damit er seine Uebersiedlung nach Amerika bewerkstelligen könne. Rosenberg fuhr nach Berlin, um sich die erforderlichen Ueberfahrtspapiere zu besorgen. Dort traf er in der Wirtschaft „Hackepeter" einen Bekannten von früher her, dessen Namen er allerdings nicht kannte. Dieser bot ihm falsche Fünfzigmarkscheine zum Kauf an. Rosenberg lehnte, wie er erklärt, dies Angebot ab und verließ die Wirtschaft, um seinen Geschäften auf dem Konsulat nachzugehen und dann wieder nach Hause zu fahren. Er mußte einige Zeit darauf nochmals nach Berlin, kehrte wieder im „Hackepeter" ein und traf dort wiederum jenen alten Bekannten, der ihn diesmal zum Ankauf von 51 falschen 50-Markscheinen für rund 1400 Mark durch die Angabe, sich in Not zu befinden, bewog. Mit den falschen Banknoten reiste Rosenberg nach Marten zurück. Dort und in der Nachbarschaft gelang es ihm, 45 der Banknoten auszugeben. In der Filiale des Konsumvereins „Eintracht" war er zwei seiner falschen Scheine losgeworden. Als die Filialleiterin kurze Zeit darauf Geld auf dem Postamt in Marten einzahlen wollte, wurden 2 Scheine als gefälscht angehalten. Die Dame kam nach und ihr Verdacht lenkte sich auf Rosenberg, der beim dritten Versuch, in der Filiale einen falschen Schein loszuwerden, nicht ohne weiteres den Schein loswurde, Lunte merkte, den Schein sich zurückgeben ließ, in Kleingeld bezahlte und schnell davon ging. Der Landjäger, dem die Sache angezeigt worden war, ermittelte schnell den Täter, der bei seiner Festnahme noch 6 Scheine im Besitz hatte, deren er sich heimlich zu entledigen versuchte. Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig, bestreitet, daß er die Reise nach Berlin in der Absicht, Falschgeld einzukaufen, unternommen habe, und behauptet, die beträchtliche Summe, die er zum Ankauf nötig hatte, nur mitgenommen zu haben, weil er sie in Marten nicht zurücklassen wollte. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Münzverbrechens schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu, weil sie offenbar die Ansicht des Verteidigers teilten, daß Rosenberg in Berlin „unter die Räuber gefallen" sei. Das Gericht hielt 1 Jahr Gefängnis für eine ausreichende Sühne und rechnete dem Angeklagten 3 Monate 1 Woche Untersuchungshaft auf die Strafe an.

Hörde, 10. März. **(Für 23 000 Mark Fett erschwindelt.)** Wegen Betruges angeklagt waren der von seiner Ehefrau getrennt lebende Kaufmann Hans Meier, der Fuhrmann August Röhricht und der Händler Fritz Schurat, sämtlich aus Dortmund. Die Ehefrau des Meier betreibt in Dortmund an der Münsterstraße ein Fettwarengeschäft auf eigene Rechnung. Dem Ehemann waren alle Befugnisse zum Einkauf von Waren pp. entzogen. Um sich Geld zu verschaffen, benutzte er die Geschäftspapiere seiner Ehefrau, um Warenbestellungen vorzunehmen. So bestellte er in zwei Fällen im Januar bei dem Metzgermeister de Leur Schmalz im Werte von 10 000 Mark und ließ dieses durch die beiden Mitangeklagten abholen. Diesen hat er den Auftrag gegeben, das erhaltene Schmalz sofort wieder an andere Geschäfte oder Personen zu verkaufen. Dies geschah, den Erlös haben sich alle drei Angeklagten im Verhältnis geteilt. Ganz in derselben Weise bestellte Meier bei der Firma van den Bergh in Dortmund für 12 716,50 Mark Margarine, die ebenfalls von den beiden Mitangeklagten abgeholt und sofort auf der Straße und in Geschäften abgesetzt wurde. Den Erlös, von dem jeder seinen Gewinnanteil zog, brachten sie Meier. Beide Firmen sind um die hohen Summen geschädigt. Die Ehefrau des Meier hat von den betrügerischen Handlungen ihres Mannes keinerlei Kenntnis gehabt, auch ist ihr von der erschwindelten Ware nichts abgegeben worden. Das Schöffengericht bestrafte gestern wegen Betruges Meier mit 1 Monat Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, Röhricht mit 600 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis, Schurat mit 1000 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft sowohl wie die Angeklagten haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

! **Arnsberg**, 9. März. **Vor der Strafkammer** fand eine Angelegenheit ihre Sühne, die bei ihrem Bekanntwerden Ende Dezember vorigen Jahres großes Aufsehen erregte. Im Monat November v. Js. wurde die Papierfabrik Reisholz, Abt. Ruhrwerke in Arnsberg, durch Vorlage falscher Rechnungen um größere Summen geschädigt. Auf der Anklagebank nahmen Platz: der Techniker Heinrich E. aus Arnsberg, der Elektriker Erich H. aus Arnsberg, der Bautechniker Franz R. aus Arnsberg, der Schlosser Lorenz H. aus Neheim, der Schuhmacher Theodor B. aus Arnsberg, dessen Ehefrau Anna, die Kontoristin Ella B. aus Hüsten und der Elektriker Willy H. aus Arnsberg. E. entwarf zwei Rechnungen mit fingierten Firmen, die in Arnsberg und Neheim in kleineren Auflagen gedruckt wurden. Die B. in Hüsten füllte die Rechnungen aus, die dann mit dem Empfangsbescheinigungs-Vermerk und der gefälschten Unterschrift versehen und dem Büro vorgelegt wurden. Das auf diese Weise erschwindelte Geld wurde verteilt. Außer an diesem Betrug war ein Teil der Angeklagten noch an einem Diebstahl beteiligt. Das Urteil lautete auf Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 2½ Jahren.

(?) **Alme** (Kreis Brilon), 8. März. **(Totschlag.)** In einer hiesigen Wirtschaft war der Posthalter Tacke mit drei jungen Burschen in Wortwechsel geraten, weil er ihnen einen Diebstahl zur Last legte. Die Beschuldigten verließen das Lokal, während T. von andern Anwesenden gewarnt wurde, auch hinauszugehen, da ihm bestimmt aufgelauert werde. Nach einiger Zeit, morgens gegen 4½ Uhr, verließ auch T. die Wirtschaft. Später fand man ihn auf der Straße liegen mit zersplittertem Schädel. Man hatte ihm mit einem Buchenknüppel so zugesetzt, daß dieser an drei Stellen zerbrach. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, wurde T., der Kriegsinvalide ist, nachmittags um 3 Uhr durch den Tod von seinen Leiden erlöst.

Schmach!!!

(Aus dem Englischen der Californier Dichterin Ethel Talbot-Scheffauer).

Die Sonne, die Sonne schwängert die Luft
Mit Licht und Wonne.
Es ist ein Duften von Flieder und Rosen...
„Mutter, ich geh in den Wald hinaus....
Mutter, ich hol' einen Feldblumenstrauß..."
„Tu's nicht mein Kind, tu's nicht mein Kind:
Im Walde liegt der Franzose.
Der Weiße trinkt unsren goldenen Wein
Und Frauen, Knaben und Mägdelein
Schändet der Schwarze zu Tod
Am Rhein."

Aber die Luft war lind
Und der Sommer lockte;
Es schmeichelt der Wind,
Das Herzlein pochte.
„Ich gehe geschwind und man sieht mich nicht,
Ich drücke mich in die Büsche dicht,
Nicht einmal, wie sonst, will ich singen!"
Ein Mägdlein ging in den Wald hinaus,
Es kam, eine Dirne! am Abend heraus
Mit Haaren zerrauft, die Sinne verwirrt,
Und gellend singt sie, da sie heimwärts irrt:
„Der Weiße trinkt unsren goldenen Wein
Und Frauen, Knaben und Mägdelein
Schändet der Schwarze zu Tod
Am Rhein."

In Wäldern und Wiesen,
In Straßen und Haus,
Schleicht welsches Grauen,
Geht ein und aus.
Die Schwarzen sie wollen nimmermehr fort,
„Süß, süß, weiße Frau!" ihr einzigstes Wort.
Das Murmeln des Stromes in Nächten still
Ueberschreit der Bordelle trunknes Gebrüll:
„Die Weißen trinken den goldenen Wein
Und Frauen, Knaben und Mägdelein
Schänden die Schwarzen zu Tod
Am Rhein!"

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

5. Fortsetzung.

Ruth blickte wieder vor sich nieder, als bereite es ihr Schmerz, den Vater anzusehen. Mit leiser Stimme begann sie dann:

„Es ist fast zwei Jahre her — da war ich einmal, ohne es zu wollen, Zeuge einer Unterredung, die du mit dem Rochsberger Inspektor Seltmann hattest."

Ravenport zuckte zusammen und verfärbte sich. Seine Augen bohrten sich unruhig forschend in ihr Gesicht. „Was hast du gehört?" fragte er heiser. Sie seufzte tief auf und krampfte die Hände ineinander.

„Daß du mit Seltmann auf unrechtmäßige Weise Verkäufe abgeschlossen hast, die einen großen Teil Rochsberger Grund und Boden und alle landwirtschaftlichen Produkte, auch geschlagene Hölzer, für einen Spottpreis an dich brachten. Es handelte sich um hohe Summen, die Graf Rochsberg entzogen wurden. Ich hörte, daß du Seltmann für seine Beihilfe bezahltest, und ihm Anweisung gabst, wie er in seine Geschäftsbücher die Eintragungen zu machen hätte. Seltmann sagte dir, daß er sich Gewissensbisse machen würde, wenn du ihm nicht die Versicherung gegeben hättest, daß deine Tochter eines Tages Gräfin Rochsberg sein würde. Dann käme ja doch alles wieder in die Hände Rochsbergs zurück. Du bestätigtest das noch einmal ausdrücklich und sagtest ihm, er brauche keine Angst zu haben. In zwei bis 5 Jahren sei deine Tochter sicher mit Graf Hans Rochus vermählt. Er sollte nur weiter ganz nach deinen Wünschen handeln, dann sei es sein Schaden nicht. Das ist alles, was ich weiß."

Sie hatte das alles gesagt, ohne auch nur einmal die Stimme zu heben. Ganz monoton kam es über ihre Lippen. Ravenport hatte sich vorgebeugt, als müsse er ihr die Worte vom Munde ablesen, ehe sie ausgesprochen waren. Sein Gesicht war fahl und schlaff geworden. Als sie geendet hatte, bewegte er einigemale in krampfhafter Art den Unterkiefer, ohne ein Wort hervorzubringen. Endlich fand er die Sprache wieder.

„Wie kamst du dazu, uns zu belauschen?" stieß er heiser hervor.

„Ich war gegen dein Gebot in dein Zimmer gegangen, um mir etwas Schreibpapier, das ich brauchte, zu holen. Da hörte ich dich die Treppe heraufkommen und versteckte mich hinter dem Vorhang, hinter welchem du in einer Nische allerhand Bücher und Akten aufbewahrst. Weil du um diese Zeit immer unten im Kontor warst, glaubte ich, du würdest gleich wieder hinuntergehen. Du tratest jedoch mit Seltmann ein und gingst nicht wieder fort. Ich schämte mich, vorzukommen und mich meines Ungehorsams wegen vor einem Fremden ausschelten zu lassen. So blieb ich und hörte alles."

Ravenport hatte eine leichte Miene erzwungen.

„Und hast dir in deinem Unverstand wer weiß was für grausliche Dinge zusammenphantasiert. Von Geschäften verstehst du nichts", sagte er ironisch.

„Nein — aber ich kann Recht und Unrecht unterscheiden."

Er fuhr auf.

„Willst du mir etwa Vorwürfe machen? Das wäre eine neue Art."

„Gewiß nicht, denn Vorwürfe würden nichts ungeschehen machen", erwiderte sie ruhig und furchtlos."

Er stand auf und trat an das Fenster, mit finsterer Miene hinausstarrend. Wütend war er auf sich selbst, daß er nicht genügende Vorsicht hatte walten lassen. Freilich — wer konnte daran denken, daß sich seine Tochter in seinem eigenen Zimmer versteckt hatte. Nach einer Weile wandte er sich mit wiedergewonnener Ruhe nach ihr um.

„Was ich getan, geschah für dich, denn du bist mein einziges Kind, meine einzige Erbin."

Ruth sah ihn schmerzlich an.

„Ich bin nicht anspruchsvoll und verlange nicht nach Glanz und Reichtum. Für mich hättest du die Hände nicht nach fremdem Gut auszustrecken brauchen."

„Nein, du hast leider keine Spur von dem Ehrgeiz, der mich auf die Höhe gebracht hat."

„Auf die Höhe?" fragte sie traurig.

„Schweig! Deine Kritik verbitte ich mir. Denkst du, ich fürchte dich?"

Sie legte mit einer müden Bewegung den Kopf zurück.

„Von mir hast du auch nichts zu fürchten."

Er atmete heimlich auf.

„Natürlich nicht. Es wäre auch sehr sonderbar, daß ein Vater sich vor seinem Kinde zu fürchten hätte. Lassen wir das also ruhen und kommen wir auf den Hauptzweck der Unterredung. Du weißt also, daß Graf Rochsberg um deine Hand angehalten hat, und wirst ihm morgen dein Jawort geben."

Ruth hatte die Augen wieder gesenkt und saß still und bleich vor ihm.

„Da es keine andere Möglichkeit gibt, Graf Rochsberg alles, was ihm rechtmäßig gehört, zurückzugeben, so werde ich deinen Wunsch erfüllen", sagte sie tonlos.

Ravenport atmete tief auf.

„Gut, ich sehe, du bist vernünftig. Und ich versichert, ich habe von Anfang an beabsichtigt, Graf Rochsberg auf diese Weise schadlos zu halten."

„Lag dir denn so viel daran, daß ich Gräfin Rochsberg werde?" fragte sie müde.

Ravenports kalte Augen leuchteten auf.

„Ja. Du verstehst wohl nicht, was das für mich ist. Jeden anderen Lebensgenuß habe ich mir versagt. Jetzt bin ich am Ziel. Und meine Nachkommen werden die Grafenkrone tragen, mein Geld wird Rochsberg wieder zu Glanz und Ansehen bringen. Wenn mein gräflicher Schwiegersohn Gäste empfängt, werde ich mitunter ihnen sein und brauche mich nicht mit einem gnädigen Kopfnicken abtun zu lassen. Der Herzog sieht es gern, wenn bürgerliches Geld die erlauchten Geschlechter seines Landes vor dem Untergang bewahrt. Er wird es nicht an Auszeichnungen fehlen lassen. Ist das nicht ein Ziel, wert, danach gestrebt zu haben?"

Ruth wollte fragen: „Auch wert, ein Unrecht darum zu begehen?" Aber sie preßte die Lippen zusammen und schwieg. Was nützte es auch?

Still und scheu zog sie sich wieder in sich selbst zurück und verschloß in ihrer Seele, was sie nicht auszusprechen vermochte. Der Vater war ihr immer innerlich fremd gewesen. Sie war unter fremden Menschen aufgewachsen, die gewissenhaft ihr Erziehungswerk an ihr vollendeten, ihren Körper pflegten und ihr genau einprägten, was alles der gute Ton von einem Menschen verlangte, der in den ersten Gesellschaftskreisen verkehren soll. Nach ihrer Seele und dem, was sie bewegte, hatte nie ein Mensch gefragt. Sie hatte auch unter ihren Pensionsschwestern nie eine wirkliche Freundin besessen, mit der sie austauschen konnte, was sie innerlich beschäftigte. Immer war sie allein gewesen mit Herzen, auf sich allein angewiesen in Freud und Leid. Und das hatte sie still und scheu gemacht nach außen und ernst über ihre Jahre gemacht nach außen und ernst über ihre Jahre.

Solche einsamen Menschen reifen früh und lernen die schwere Kunst der Selbstbeherrschung. Sie leben nach innen. Ravenport sah sie lange Zeit unschlüssig an. Er fühlte, daß sie ihm trotz aller Fügsamkeit verurteilte. Auch jetzt gleich kam ihm die Erkenntnis, daß Ruth ihm nur gehorchte, weil sie auf diese Weise am besten recht gut machen wollte. Obgleich ihm das nur vom Nutzen war, genierte es ihn. Er erkannte, daß hinter ihrer scheinbaren Fügsamkeit eine starkgeistige Selbstbeherrschung und fester Wille verborgen war, als schwachmütige Indolenz.

(Fortsetzung folgt.)

? **Warendorf**, 9. März. **(Schleichhandels-Butter.)** Es gelang dem Polizeiwachtmeister, auf dem hiesigen Bahnhof 94 Pfund Butter zu beschlagnahmen, die zum Teil in Eierkisten verpackt war. Durch diese Beschlagnahme wird es ermöglicht, die versorgungsberechtigte Bevölkerung in Warendorf in der nächsten Woche mit den üblichen 25 Gramm zu beliefern. Schon am Montag sind 50 Pfd. Butter beschlagnahmt worden. Die Butter stammt aus Sassenberg. Absender und Empfänger sind ermittelt.

? **Zöbenhüren**, 8. März. **(Ein peinlicher Fund.)** Vor einigen Tagen verlor ein Landwirt seine Brieftasche mit etwa 3000 Mark Inhalt. In der Brieftasche hatte sich zugleich aber auch ein verhängnisvoller Zettel befunden, auf dem der Landwirt genau seine Einnahmen verzeichnet hatte, — die er dem Finanzamt verschwiegen hatte. Dieser verräterische Zettel ist nun beschlagnahmt und dem Finanzamt zugestellt worden. Geld und Brieftasche aber wurden dem Verlierer zurückgegeben. Das Weitere dürfte sich finden.

(g) **Gütersloh**, 9. März. **(Gefährliche Einbrecher.)** In der Nacht versuchten Einbrecher bei dem Landwirt Schmähling, West 49, einzudringen. Sie wurden durch die Hausbewohner verscheucht und durch scharfe Schüsse zur Flucht veranlaßt. Im letzten Augenblick warfen die Verbrecher noch eine Handgranate, die jedoch statt durchs Fenster gegen die Haustür flog und hier, ohne jemand zu verletzen, explodierte.

Wasserturmprozeß.

** **Essen**, 9. März. Im Verlauf der Montag-Vormittagssitzung machte der Verteidiger des Wasserturms, Dumps, ehemaliger Sicherheitspolizist, dem von einem Zeugen aus der Samstagsverhandlung die bestimmte Behauptung in den Mund gelegt ist, daß nach dem Heraushängen der weißen Flagge von den Verteidigern noch geschossen worden ist, wichtige Angaben. Dumps leidet noch stark an den Nachwirkungen seiner Schädelverletzungen; er spricht mit leiser Stimme und antwortet nur auf die ihm vorgelegten Fragen. Es ist ratsam, seine Aussagen zunächst mit Vorsicht aufzunehmen. Dumps hat bei den Verteidigern in den oberen Räumen des Wasserturms gestanden. Er erzählt, daß er sich, nachdem ihnen von unten zugerufen wurde, sie sollten herunterkommen, mit seinen Kameraden schon auf halbem Wege befand, als die Roten ihnen zugeschrieen hätten, man würde ihnen allen die Knochen kaputt schlagen. Darauf sei beschlossen worden, sich bis zuletzt zu verteidigen. Eine Handgranate sollte zum Fenster hinausgeworfen werden, sei aber im Turm geplatzt. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bekundung, daß noch aus einem Maschinengewehr gefeuert wurde, nachdem die weiße Flagge schon heraushing, eben weil man in dem wütenden Anstürmen der Rotgardisten und dem nicht aufhörenden Schießen erkannt habe, daß die Roten nicht die Absicht ruhiger Uebernahme hatten. Ein großer Widerspruch liegt zwischen den bisherigen Aussagen, nach denen 3 Maschinengewehre im Turm vorhanden gewesen sind, und der Aussage Dumps, in der von 9 Maschinengewehren die Rede ist. Der Vorsitzende sowohl wie auch die Staatsanwaltschaft drücken ihre Verwunderung aus, daß der Zeuge wochenlang die Verhandlungen mitangesehen und das Leben der Angeklagten aufs Spiel gesetzt habe, ohne dem Gericht seine wichtigen Aussagen zu machen. Dumps entschuldigt sich, daß er doch nicht ungeladen erscheinen dürfe; er sei von der grünen Wehr wegen seiner Verwundung entlassen worden und wolle mit der ganzen Geschichte nichts zu tun haben. In der Nachmittagsverhandlung werden die beiden Sachverständigen in Schießfragen und Fragen des Handgranatenwerfens, vernommen. Das Urteil beider lautet dahin, daß es möglich ist, aus den oberen Fenstern des Turmes Handgranaten bis in die Marlgrafenstraße zu schleudern; für die unteren Räume des Turmes wird die Möglichkeit glatt verneint. Befragt, ob es möglich sei, aus einigen der angedeuteten Räume Maschinengewehrfeuer auf kurze Entfernung nach der Straße zu richten, geben sie diese Möglichkeit gleichfalls zu.

*

? **Wald**, 9. März. **Eine gewissenlose Diebesbande** stattete nachts fast allen Häusern, in denen ausschließlich Schwerkriegsbeschädigte und arme Witwen wohnen, einen Besuch ab und stahl den Leuten, die selbst nichts haben, das Letzte an Wäsche und Kleidungsstücken.

(g) **Duisburg**, 9. März. **(41 Hochzeitsgäste an Typhus erkrankt.)** Hier erkrankten 41 Personen, die an einem Hochzeitsfest teilgenommen hatten, an Typhus. Bei der Herstellung der für das Hochzeitsmahl bestimmten Speisen ist eine Frau beschäftigt worden, die, wie die später vorgenommene bakteriologische Untersuchung ergab, an Typhus erkrankt war. Die Kranken wurden in den Krankenhäusern abgesondert und die Wohnungen desinfiziert. Weitere Erkrankungen haben sich bisher an die Typhusfälle nicht angeschlossen.

! **Köln**, 8. März. **(Auf der Bühne verhaftet.)** Diesmal war es nicht die Welt des Scheins, sondern bittere, nackte Wirklichkeit, als am Sonntag abend Kriminalbeamte in Frankfurt a. M. den Heldendarsteller der Maximilian an der Zeil frisch von der Bühne weg verhafteten. Etliche Theaterdamen fielen in Ohnmacht, der Unternehmer rang die Hände, das Publikum nahm für seinen „Liebling" Partei. Aber es half alles nichts. Der seit länger als einem Jahr von einem halben Dutzend Staatsanwaltschaften gesuchte Richard Hermann aus Köln mußte ins Gefängnis wandern. Er hat sich große Unterschlagungen, Scheckfälschungen und Wechselbetrügereien zuschulden kommen lassen und seine Mitmenschen dadurch um viele tausend Mark geschädigt.

Einberufung einer neuen Sachverständigenkonferenz?

Die Nachricht, daß die Verhandlungen zwischen den deutschen und den alliierten Sachverständigen fortgesetzt wurden, bestätigt sich, obwohl die französische Presse sich alle Mühe gibt, diese Tatsache zu verschweigen. Nun läßt sich aber nach beglaubigten Mitteilungen feststellen, daß die Unterredungen zwischen den Sachverständigen Dienstag morgen noch ihren Fortgang nahmen. Die französischen Sachverständigen erklärten allerdings, daß sie keinen offiziellen Anteil an diesen Besprechungen nähmen. Doch hielten sie sich ihnen nicht fern, sondern beobachteten den Fortgang dieser Unterredungen sehr genau. Da übrigens die deutsche Delegation Dienstag nachmittag London verließ, so fanden die Besprechungen ihr vorläufiges Ende. Es wird aber eine Konferenz der finanztellen Sachverständigen bereits in den nächsten Tagen stattfinden, längstens in 14 Tagen, wahrscheinlich in der belgischen Hauptstadt. Dienstag fanden keinerlei Besprechungen zwischen den alliierten Ministerpräsidenten statt. Montag abend sahen sich Briand und Lloyd George einstweilen zum letzten Male auf einem von Lord Curzon veranstalteten Bankett. Von französischer Seite wird erklärt, daß man vorläufig auf Besprechungen zwischen den Sachverständigen keinen Wert lege, da nunmehr erst die Strafmaßnahmen ihre volle Wirkung tun müßten. Die Franzosen erklären, daß jetzt nichts mehr zu besprechen sei. Man werde sehen, ob nach der Besetzung der drei Städte die Deutschen geneigt sein werden, das Abkommen von Paris zu unterschreiben. Man erklärt ferner auf französischer Seite, daß alle bisherigen Besprechungen als gegenstandslos angesehen werden müßten und daß neue Unterredungen von vornherein beginnen müßten. In dieser Hinsicht scheinen sich die Franzosen bereits die Unterstützung der übrigen Alliierten gesichert zu haben. Uebrigens muß darauf verwiesen werden, daß auf französischer Seite die Tendenz besteht, die Sanktionen zu verschärfen und die militärischen Strafmaßnahmen in politische umzuwandeln. Schon Dienstag morgen erklärte dies die französische Presse. Dienstag abend wird dieser Gedanke in mehreren Blättern weiter ausgeführt, daß man sich mit der Besetzung der rheinischen Städte nicht begnügen könne, sondern daß man sichere Pfänder haben müsse, daß Deutschland wirklich bezahlen werde. Als ein solches Pfand wird im Temps die Kontrolle über die Ruhrkohle angegeben. Andererseits könne man auch gewisse öffentliche Einnahmen Deutschlands mit Beschlag belegen. Die englische Presse von heute legt der Tatsache große Bedeutung bei, daß Lloyd George alles getan habe, um die Stellung Briands zu befestigen. Wahrscheinlich schon heute wird in Paris eine Konferenz abgehalten werden, die sich über die praktischen Modalitäten, wie die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, auszusprechen haben wird. Man nimmt an, daß mit dem 10. März die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen am Rhein stattfinden werde. In den französischen Kammercouliers wird die Londoner Entscheidung beifällig begrüßt. Man erklärt, daß es jedenfalls vorzuziehen wäre, daß der Druck jetzt erfolge, als erst in 2 Jahren. Der französische Finanzminister Doumer verließ Dienstag morgen London. Heute wird der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, auf seinen Posten zurückkehren. Die französische Abordnung bleibt noch bis Freitag in London.

Der Abbruch ein abgekartetes alliiertes Spiel?

Man ist in Holland durchweg überzeugt, daß die Verbündeten mit Ausnahme der Italiener und vielleicht eines Teils der Belgier entschlossen waren, die Strafmaßnahmen unter allen Umständen in Anwendung zu bringen und die große Eile, mit welcher diese zur Anwendung gelangten, zwei Stunden nach den Londoner Beschlüssen, bestätigt diese Meinung. Man glaubt jedoch, daß man sich in London über die Folgen dieser Zwangsmaßnahmen nicht klar gewesen ist und daß man es noch bereuen wird, den Franzosen nachgegeben zu haben. Für das Geschehene wird in erster Linie Loucheur verantwortlich gemacht. Es hat überall einen sehr schlechten Eindruck gemacht, daß die Verbündeten, um ihre Maßregeln zu begründen, andere angebliche Verletzungen des Versailler Vertrages hervorgesucht haben, die mit der Schadenersatzfrage nichts zu tun hatten.

Eine Kundgebung im sächsischen Landtag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtags gab Präsident Fräßdorf eine Erklärung ungefähr folgenden Inhalts ab:

Sie wissen, wie die Verhandlungen in London endeten und was dem deutschen Volk bevorsteht. Eine Besetzung weiterer deutscher Gebiete ist angedroht und zum Teil bereits erfolgt. Unsere Verhandlungsführer konnten das deutsche Volk nicht versklaven lassen. Selbst in den besetzten Gebieten hat man die Regierung aufgefordert, fest zu bleiben und Gewalt zu erleiden. (Lebhaftes Bravo!) Das deutsche Volk will zahlen und wird zahlen, was möglich ist. Wir können unsere Erwerbslosen, unsere Arbeiter und Kleinrentner nicht opfern. Was auch kommen mag, wir müssen gemeinsam das tragen, was uns bevorsteht. Eine Ablehnung liegt im allgemeinen Interesse, nicht bloß der Besitzenden, sondern vor allem der Besitzlosen. Wir müssen gegen den Feind einig sein. Jetzt heißt es, alle Kraft gegen die Gefahr nach außen zusammenzufassen. Daran haben alle Volksteile das gleiche Interesse. Das deutsche Volk muß zeigen, daß es ein Kulturvolk ist, das versteht, in der größten Gefahr einig zu sein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten. Die stürmischen Rufe der Kommunisten zur Geschäftsordnung lehnt der Präsident mit dem Bemerken ab, daß er hierzu nicht das Wort erteile, und sagt, zu den Kommunisten gewandt: Ihnen, Herr Remmer, will ich nur das eine Wort sagen: Herr, Sie wissen nicht, was Sie tun. Stürmischer Beifall auf den übrigen Bänken des Hauses.)

Das „befreite" Elsaß-Lothringen.

In der französischen Kammer wurden die Kapitel T und U des außerordentlichen Budgets (Subvention für Elsaß-Lothringen und Geheimorganisation der Sicherheitspolizei in Elsaß-Lothringen) verhandelt. Zu Kapitel T ergriff der Abg. Uhry das Wort, der lebhaften Protest gegen die Politik der Verschwendung erhob, die im vorliegenden Budget zutage trete. Unter dem deutschen Joche sei Elsaß-Lothringen stets stolz darauf gewesen, alle Mittel für die notwendigen Ausgaben zu bekommen. Heute seien die Provinzen gezwungen, von Frankreich eine Subvention von 380 Millionen zu verlangen. Das sei die Folge des Regimes, welches man dem Lande auferlegt habe, das nun zu einer Kolonie geworden sei. Weiter stellte es eine Folge des administrativen Parasitentums dar. Der Abg. Uhry entwickelte ausführlich seine verschiedenen Argumente und erklärte, daß jetzt der Steuerzahler der Leidtragende sei, der für die begangenen Fehler zu büßen habe. Sodann besprach der Redner die einzelnen Kreditforderungen, für die auch ein in Elsaß-Lothringen errichtetes Verräterbüro in Betracht komme. Bei diesen Ausführungen des Redners erhob sich ein Proteststurm aller anwesenden elsässischen Abgeordneten, weil die Ausführungen Uhrys offenbar das Empfinden der Kammer verletzt hatten. Uhry setzte aber dessenungeachtet seine Rede fort und kritisierte jede einzelne Kreditforderung. Besonders heftig protestierte er gegen die Beibehaltung des Kulturbudgets für Elsaß-Lothringen, welches in Frankreich aufgehoben worden sei. Am Schlusse seiner Rede verlangte der Abgeordnete die Aufhebung des Generalkommissariats für Elsaß-Lothringen.

Aus dem zerschossenen St. Quentin.

Der nichts weniger als deutschfreundliche Pariser Vertreter der Neuen Züricher Zeitung hat eine Reise nach St. Quentin gemacht, worüber er ausführlich berichtet. Im Anfang des dritten Abschnitts heißt es:

Auf der Londoner Konferenz wird u. a. das Problem des Aufbaus der französischen Städte durch Deutschland zur Sprache kommen. Wie unsere Leser wissen, bestand bisher in Frankreich eine ausgesprochene Abneigung gegen eine direkte Zusammenarbeit mit den Deutschen, die mehr noch als auf wirtschaftlichen und moralischen und nationalen Argumenten beruhte. Da nun aber Deutschland vor den Alliierten mit solcher Hartnäckigkeit seine Zahlungsunfähigkeit geltend macht und in seinen Gegenvorschlägen immer wieder auf die Wiederherstellung der zerstörten Städte (St. Quentin ist aber von der englischen Artillerie zusammengeschossen worden!) durch die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitskraft zurückkommt, weil sie ihm billiger und zweckmäßiger erscheint als Geld- und Materiallieferungen, beginnt sich ein Teil der öffentlichen Meinung zu fragen, ob denn das System so verwerflich sei, und ob sich nicht am Ende ein Versuch lohne. Diejenigen, die das Hauptinteresse an einem raschen Wiederaufbau haben und im gegebenen Falle die Nachbarschaft der deutschen Arbeiter zu ertragen hätten, die zerstörten Städte selbst, sind vielleicht weniger untransigent als die Presse des ungeschädigten Hinterlandes. In St. Quentin wollte es uns scheinen, als ob die Bevölkerung trotz der Leiden einer dreijährigen Besetzung die Deutschen mit Kaltblütigkeit und Gerechtigkeitssinn beurteile, gerade, weil sie sie besser kennengelernt hat, als die Mehrheit ihrer Landsleute.

Hier hat man also einen neuen Beweis dafür, daß es nur die französischen Chauvinisten sind, die einer baldigen vernünftigen Lösung dieser Frage hindernd im Wege stehen. Uebrigens bestätigt derselbe Berichterstatter an anderer Stelle, daß St. Quentin der Haltung der deutschen Offiziere und Soldaten „kein ungünstiges Zeugnis ausstellt".

Petersburg und Moskau in den Händen der Aufständischen.

(TU) Der „N. N. C." bringt eine Meldung aus Helsingfors, derzufolge Petersburg und Moskau in den Händen der Aufständischen sind. Ueber den Stadt- und Landkreis beider Städte wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. General Ansew hat mit 5000 Bauern die Stadt Tambow besetzt und dadurch die Lebensmittelversorgung Moskaus in die Hand bekommen. Von Sibirien her rückt General Semenow mit 25 000 Kosaken heran.

„Nordiska Preßzentralen" meldet aus Helsingfors, daß laut einer Meldung des „Finska Notisbyran" Wiborg Montag nachmittag gegen 4 Uhr mit der Bombardierung Petersburgs begonnen hat. Anscheinend ist die schwerste Artillerie der Festung in Aktion. Kronstadt wird aus Batterien aus Systerbek, Revomma und Tarbowka bombardiert.

Neue Zusammenstöße in Florenz.

(TU) In der Umgegend von Florenz kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen den Nationalisten und den Sozialisten, bei denen es 5 Tote und 15 Verwundete gab. Die Verhaftungen in Florenz und in anderen Bezirken dauern fort. Das „Giornale d'Italia" will wissen, daß in Italien mehr als 500 Agenten Lenins wirken und fordert die strengste Kontrolle aller Fremden.

Weitere Nachrichten.

— **(Landtagswahlen in Gotha.)** Bei der Landtagswahl im Freistaate Gotha erhielten die im Heimatbund vereinigten Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten) 36 058, die Mehrheitssozialdemokraten 4083, Unabhängigen 7993, die Kommunisten 21 539 Stimmen.

— **(Der bolschewistische Einfall in Georgien.)** Bei der Berliner georgischen Gesandtschaft sind nunmehr folgende Nachrichten über den Einbruch russischer Sowjettruppen in Georgien eingetroffen: Bei Gagry (am Schwarzen Meer) überfielen uns gewaltige russische Heeresmassen. Die dortigen georgischen Truppen leisteten heldenhaften Widerstand, konnten aber den feindlichen Massen nicht Halt gebieten, und fielen bis auf den letzten Mann. Am 24. Februar drangen mächtige russische Streitkräfte vom Süden nach Tiflis vor. Um Tiflis wird hartnäckig gekämpft. Am 25. übersiedelte die Regierung mit allen Aemtern nach Kutais. Die Erbitterung der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Bauern, über den verräterischen Ueberfall kennt keine Grenzen. Tschitscherin machte anfänglich den Versuch, diesen Ueberfall auf Georgien als armenisch-georgischen Konflikt darzustellen. Der Ueberfall von Norden her deckt diese Lüge auf. Ebenso lügenhaft ist die Behauptung, georgische Arbeiter und Bauern hätten Tiflis erobert, eine Sowjetrepublik ausgerufen und das Privateigentum der Mitglieder des gestürzten Kabinetts beschlagnahmt. Die Regierung von Georgien besteht nicht aus Kapitalisten und das Privateigentum, das angeblich beschlagnahmt sein soll, besteht gar nicht.

— **(Gewerkschaftsforderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.)** Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht eine Reihe von Forderungen zur Abhilfe der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Er verlangt sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange und besondere Berücksichtigung der von der größten Arbeitslosigkeit getroffenen Bezirke bei Vergebung dieser Aufträge. Den Unternehmern soll die Verpflichtung auferlegt werden, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrags Arbeitslose einzustellen, eventl. unter Einführung einer verkürzten Arbeitszeit, nötigenfalls auch unter Umstellung von Betrieben zur Ausführung bestimmter Aufträge. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder, der Gemeinden sollen als Notstandsarbeiten erklärt werden, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Schließlich wird Sicherstellung der Tariflöhne, Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Regelung der Auftragsvergebung, Vergütung des Lohnausfalls für Kopfarbeiter, Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel und sofortige Erhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Kartoffelausgabe am Freitag von 3—4 Uhr nachmittags im Rinschedeschen Saale. Bezugsscheine ebenda. 1156

— **Aus 300 Meter Höhe abgestürzt.** Aus Christiania wird gemeldet, daß der schwedische Offizier, Leutnant v. Segenbaden, mit seinem Flugzeug aus 300 Meter Höhe abstürzte. Segenbaden war sofort tot.

— **Drei Personen bei einer Zünderexplosion getötet.** Durch leichtsinniges Hantieren mit einem Zünder erfolgte in einem Munitionsschuppen bei Schweighoffen eine Explosion. Drei Personen wurden getötet.

— **Folgenschwere Explosion in Barcelona.** Bei einer Explosion in einer Kalkfabrik kamen drei Personen ums Leben. 20 Personen wurden verwundet, zum Teil schwer. Ein Teil des Fabrikgebäudes stürzte ein und begrub die Arbeiter unter sich.

Die S. P. D. zur Regierungsbildung in Preußen.

(TU) **Berlin**, 9. März. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages erörterte gestern die Frage der Regierungsbildung in Preußen sowohl im Hinblick auf den Wahlausfall wie auf die gesamte deutsche und internationale Lage. Es wurde einstimmig folgender Entschluß gefaßt: Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages ist bereit, die alte Regierungs-Koalition fortzusetzen und lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion es ab, irgend eine Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie wird sie vielmehr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Lenin über die Unruhen in Rußland.

(TU) **Helsingfors**, 9. März. Lenin, der Präsident des Exekutivkomitees von Petersburg, hat eine Proklamation erlassen, in der er von schweren Unruhen in Rußland spricht. In Petersburg ist der Belagerungszustand proklamiert worden. Auch in Moskau sind Unruhen ausgebrochen, die sich weiter ausdehnen. In Petersburg haben gestern morgen wieder Straßenkämpfe begonnen. Die Seeleute von Kronstadt haben den Arbeitern Geschütze geschickt, mit denen sie das Feuer auf die von den Sowjets herbeigeholten Baschkiren eröffnet haben.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 10. März. **Der Sauerländische Gebirgsverein** Abteilung Kamen, setzte für diesen Sommer folgende Wanderungen fest: 6. März: Tageswanderung von Menden auf Klusenstein über Aprike, Balverwald. 13. März: Jugendabteilung: Kamen, Heßen, Dollberg, Uentrop, Maximilian, Ostwennemar, Hamm. 28. März (Ostermontag): Halbtagswanderung Schulze-Varsthausen, Overberge, Haus Reck, Lerche, Nordbögge, Rottum, Heeren-Werve, Kamen. 10. April: Jugendwanderung von Steele-Kellinghausen, Werden, Kettwig, Mülheim-Ruhr, Königsborn. 17. April: Tageswanderung Werne, Nordkirchen, Nebbenhagen, Cappenberg, Heil, Bergkamen. 24. April: Halbtagswanderung Methler, Oberaden, Weddinghofen, Kamen. 5. Mai: Schiffahrt Oberaden, Schiffshebewerk Henrichenburg und zurück. 15. Mai (Pfingsten): 4tägige Jugendwanderung Kamen-Unna, Meinerzhagen, Gummersbach, Marienhagen, Wiel, Nürnbrecht, Ruppichteroth, Dathenfeld, Morsbach, Rothemühle, Olpe, Hagen, Dortmund. 15. Mai: Altabteilung Kamen, Dortmund, Herdecke, Vorhalle, Haspe, Ahlhausen a. d. Ennepe, Schwelm zurück. 28. Mai: Bergfest Iserlohn 4. bis 5. Juni Jugendabteilung Kamen, Unna, Arnsberg, Nelleseldershöhe; Treffpunkt in Arnsberg mit der Altabteilung. 18. bis 19. Juni: Sonnenwendfeier auf der Hohensyburg. 3. Juli: Hemmerde Scheik (Waldaufenthalt), Wickede-Ruhr. 9. bis 10. Juli: Jugendabteilung Kamen Unna, Lüdenscheid, Nersetalsperre, Nordhelle, Herscheid, Werdohl, Hagen, Dortmund. 10. Juli: Altabteilung Kamen Dortmund, Wetter, Harkort, Herdecke, Geisberg, Herdecke, Tenfelskante, Wittbrücke, Löttringhausen. 23. bis 24. Juli: Kamen, Unna, Hagen, Dahl, Altena. 24. Juli: Altabteilung Kamen, Unna, Iserlohn nebst Umgegend. 7. August: Halbtagswanderung nach Altheide. 13. bis 14. August Jugendabteilung Kamen, Unna, Neuenrade, Altena, Iserlohn, Hemer. 14. August: Altabteilung Unna, Westig, Sundwig, Felsenmeer, Deilinghofen, Brockhausen, Balverwald, Jagdhaus, Stefanapol, Frönsberg, Westig. 28. August: Kamen, Bergkamen, Recklinghausen, Sinsen, Haltern, Recklinghausen, Herne, Kamen. 4. September: Tageswanderung Menden, Oesberg, Kloster Oelinghausen, Herdringen, Neheim-Hüsten. Treffpunkt mit der Jugendabteilung auf Schloß Herdringen. 18. September: Tageswanderung Unna, Kessebüren, Frömern, Arden, Langschede, Villigst, Schwerte. 2. Oktober: Nachmittagswanderung Kamen, Dortmund, Herdecke, Wienberg, Wittbrücke, Löttringhausen. Es wird gebeten, die Annoncen am Freitag vor jeder Wanderung betreffs Abmarsch zu beachten.

Konzert, Theater ꝛc.

Bönen-Altenbögge, 10. März. **Ueber die Madrigalvereinigung Dortmund** herrschen hier noch irrige Ansichten. Es ist dies ein aus etwa 40 Damen und Herren bestehender, also gemischter Chor unter Leitung des Musikdirektors Holtschneider-Dortmund, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den reinen unbegleiteten Chorgesang zu pflegen unter Berücksichtigung ältester wie auch moderner Meister. So hören wir kommenden Sonntag das berühmte Kruzifixus von Lotti (achtstimmig), einen Satz aus der Missa Papae Marcelli von Palestrina und u. a. zwei herrliche Chöre von Brahms: „Waldesnacht" und „In stiller Nacht". Die Kritik ist des Lobes voll über die Konzerte des Madrigalchores, u. a. spricht die „K. Z." von einer „Chorvereinigung ersten Ranges". Als Solist spielt H. Schäfer-Altenbögge Bach, die Waldsteinsonate von Beethoven, eine Ballade und die Es-Dur-Rhapsodie von Brahms.

Die Kamener Zeitung

ist täglich sofort nach Drucklegung im Bahnhofsrestaurant zu haben.

Freitag, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Aula des Realprogymnasiums

Vortrag

des Herrn **Kreutzfeld, Hamm,** über

‚Moderne Reklame'

Eintritt 2.— Mk.

Wir können den Besuch allen Fabrikanten sowie Handel- und Gewerbetreibenden dringend empfehlen. i1162

Verein für Handel u. Gewerbe e. V. zu Kamen.

Billige Fleischwaren!

Ia. Rindfleisch . .	2 Pfund-Dose	12.—
Ia. Leberwurst . .	2 „ „	8.—
Ia. Blutwurst . .	2 „ „	8.—
Ia. Büchsenfleisch	im Anschnitt Pfund	8.—

Gebrüder Wolff. 1161

Billig! Billig!

Ia. Backöl	Ltr.	14.50
Ia. Salatöl	Ltr.	21.00
Ia. Pflaumen	Pfd.	4.50
Ia. Gemüse-Nudeln		7.50
Ia. Doppelstück Seife		4.00
Ia. Schmalz		12.00
Ia. Margarine		9.75
Ia. Kristallsoda		0.90
Ia. Helltran	Ltr.	13.00
Ia. Buchweizenmehl		3.25

Kaufhaus für Lebensmittel,
P. Bickmann,
Kamen Weststr. 21, Tel. 373. 1175

Reparaturbedürftige **Flügel, Pianinos und Harmoniums** jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein **komb. Heilverfahren** bei
Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden,** jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraug n usw.
Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nervenschwäche, Magen-, Darm- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).
Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.
Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Niewels Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Aeltestes Institut am Platze. Keine Tauschreklame.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p8

Markenfreien

Zwieback

aus reinem Weizenmehl
empfiehlt 1133

Konditorei Kümper,
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alleinverkauf für Kamen und Umgegend.

Amt Unna-Kamen.

Amtseingesessene, die in gewerblichen (nicht landwirtschaftlichen) Betrieben Pferde beschäftigen und auf Versorgung mit Hafer Anspruch erheben, ersuche ich hierdurch, sofort, spätestens aber bis 15. März 1921, auf dem hiesigen Amtsbüro, Zimmer Nr. 6, sich einen Bezugsschein zu verschaffen.

Später gestellte Anträge können keine Berücksichtigung mehr finden.

Unna, den 5. März 1921.
Der Amtmann: Lehmhaus.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Meine im Amtsblatte für 1919 Stück 48 Seite 421 und 422 veröffentlichte viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 19. November 1919, betreffend Maul- und Klauenseuche, hebe ich hiermit auf.

Arnsberg, den 8. Februar 1921.
Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht!
Hamm (Westf.), den 4. März 1921.
Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Saatkartoffeln

(frühe Sorten)
eingetroffen und empfiehlt 1163

W. Neff,
Bahnhofstr. 23. Telephon 122.

Pass's Pflanzenbutter
(Margarine) unübertroffen
in Pfundstücken **9.90 Mk.,** lose per Pfund **9.50 Mk.** i1155

ff. gebr. reinschmeckenden Kaffee	Pfd. 23.—
Rohkaffee	Pfd. 19.—
Ia. magern, geräucherten Speck	Pfd. 11.80
Ia. Schmalz	Pfd. 11.80
Ia. Voll-Reis	Pfd. 2.50
Ia. Haferflocken	Pfd. 3.—
Ia. Rübenkraut	Pfd. 2.90

Pass's Butterhalle,
Bahnhofstr. 53. **KAMEN** Weststr. 54.

Ia. Feld- und Garten-Sämereien

eingetroffen und empfiehlt billigst: 923

Georg Bruns, Kamen,
Roonstraße 101.

Zur Konfirmation
empfehlen
Ev. Gesangbücher
in besten Einbänden und in den verschied. Preislagen.
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Ungepreßt
wird jeder 1012
Herren- und Damen-Hut
(Stroh und Filz)
in eigener Werkstatt schnell und billig.
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Phrenologin, Handlesekunst.

Den Bewohnern von Methler und Kaiserau zur Nachricht, daß sie am **Donnerstag, von 10—4 Uhr,** die bestellten Sachen abholen können. 1160

Frau Henkenjohann, Gütersloh.

Frischen Fisch! hat vorrätig p1164
W. Neff, Bahnhofst. 23
Telephon 122.

Zwei **Milchschaflämmer**
zu verkaufen. p1169
Westickerweg 20.

Einige ostfriesische
Milchschafe
mit je zwei Lämmern hat preiswert zu verkaufen.
Koch in Westick. 1166

Zum 15. März oder 1. April ein propres
Mädchen
gesucht. 1153
Frau Ww. Wilh. Menne, Bergkamen, Kasino.

Lehrling
mit guter Schulbildung und p1159
Halbtagsmädchen
gesucht.
Drogerie H. P. Thiel.

Sohn achtb. Eltern als
Friseurlehrling
zu Ostern gesucht. 1158
Zu erfr. in d. Gesch.

Suche zum 1. April für leichte Hausarbeit ein
Mädchen
von 14—16 Jahren. p1165
Frau Ernst v. d. Heide Lünenerstr. 238.

Bekanntmachung

betr. **Lebens- und Krankenversicherungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.**



Während des Krieges sind Versicherungsverträge von Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenen in vielen Fällen dadurch ungültig geworden, daß die Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragsmäßige Obliegenheit nicht rechtzeitig oder wegen Unmöglichkeit oder überhaupt nicht hat erfüllt werden können.

Auf Grund einer Bundesratsverordnung ist eine Frist **bis zum 1. April 1921** gesetzt, innerhalb der durch eine entsprechende Erklärung die Mitgliedschaft wiederhergestellt werden kann. Anträge sind wegen der gestellten kurzen Frist **sofort** bei der unterzeichneten Dienststelle — im Rathause, Zimmer 11 — mündlich zu stellen. Die erforderlichen Verhandlungen mit den Versicherungsgesellschaften werden kostenlos geführt. Soweit die Versicherungsgesellschaften zur Stundung nicht bereit sein werden, und die Versicherungsnehmer den nachzuzahlenden Betrag nicht aus eigenen Mitteln sofort oder in geeigneten Raten aufbringen können, kann im Bedürftigkeitsfalle ein Teilbetrag aus Mitteln der sozialen Fürsorge gewährt werden.

Weiterhin können auch noch durch die amtliche Fürsorgestelle die bisher unerledigten Ansprüche von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen an Versicherungsgesellschaften wegen Zahlung von Versicherungssummen gültend gemacht werden. Desgleichen können Abgangsentschädigungen von erloschenen Versicherungsanträgen beantragt werden. Alle die Versicherungsanträge betreffenden Schriftstücke sind bei Stellung eines Antrages vorzulegen.

Kamen, den 8. März 1921.
Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene:
J. V.: Siegler. 1154

Fürst Bülow über die Politik Bethmann Hollwegs.

Die Süddeutschen Monatshefte enthalten einen Artikel über den Schlieffenschen Plan. Es werden in diesem Artikel wichtige unveröffentlichte Aeußerungen von Ludendorff, Fürst Bülow, Bethmann Hollweg mitgeteilt. Fürst Bülow sagt unter anderm:

Die Behauptung, ich hätte zum Rücktritt des Grafen Schlieffen beigetragen, ist unrichtig. In militärische Einzelheiten habe ich mich nie eingemischt, ebensowenig hat Graf Schlieffen Einfluß auf meine politische Staatsführung versucht. Graf Schlieffen hat mir auch nicht ein einziges Mal einen Präventivkrieg empfohlen oder mich etwa zum Kriege zu drängen versucht. Das Ziel meiner Politik war ihm bekannt: den Krieg zu vermeiden, bis wir auch zur See und wirtschaftlich so stark wären, daß unsre Gegner vor dem Risiko des Angriffs zurückschreckten und uns als gleichberechtigt bei der weiteren Aufschließung und Bewirtschaftung der Erde anerkannten. Dieser Politik entsprach mein Handeln; ob es das eine oder andre Mal als Schwäche ausgelegt wurde, war mir gleichgültig. Ich habe die Genugtuung, daß ich bis zu meinem Abgang den Erfolg für mich hatte. Was ich vom Grafen Schlieffen gesagt habe, trifft auch für seinen Nachfolger, den General v. Moltke, zu. Er wurde von mir unterrichtet; eine gegensätzige Einmischung hat nicht stattgefunden. Wir standen im Vertrauensverhältnis zueinander. Bei drohender Kriegsgefahr hätte ich eine erschöpfende Besprechung der Lage und der erforderlichen Maßnahmen herbeigeführt. Ich hätte keine Kriegserklärungen erlassen, sondern hätte die feindlichen abgewartet. Damit wäre ich nur dem Beispiel des Fürsten Bismarck gefolgt, der mehrfach geäußert hatte, er habe unsern internationalen Abmachungen deshalb den Charakter von Defensivbündnissen gegeben, weil er nicht annehmen könne, daß bei der europäischen Gesamtlage einer seiner Nachfolger so einfältig sein werde, die immer odiose Rolle des Angreifers zu übernehmen. Vielleicht hätte ich mich von der militärischen Nützlichkeit des Durchmarschs durch Belgien überzeugen lassen, auf die ja schon vor 100 Jahren Clausewitz hingewiesen hatte, aber wohl nur nach erfolgtem feindlichen Einmarsch, oder wenn eine feindliche Haltung Belgiens erwiesen gewesen wäre. Von einem an Belgien begangenen Unrecht hätte ich vor versammeltem Reichstag sicher nicht gesprochen, auch nicht gegenüber einem fremden und noch dazu im Kriegszustand mit uns befindlichen Botschafter. Vergleiche zwischen Verträgen und Papierfetzen angestellt. Ich war der Meinung, daß, wenn wir mit England und Frankreich in Krieg gerieten, England eine so günstige Gelegenheit zur Schwächung seines wirtschaftlich unbequemsten Konkurrenten schwerlich vorübergehen lassen dürfte. Meine Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen, maritimen und wirtschaftlichen Macht Englands hat mir gerade die Vermeidung des Krieges bis zu unsrer realen Weltmachtstellung als oberste Pflicht erscheinen lassen.

Daran, daß Fürst Bülow überzeugt ist, er würde so gehandelt haben, wie er es hier darstellt, ist nicht zu zweifeln. Großen sachlichen Wert haben indes solche nachträglichen Betrachtungen nicht, sie werden stets an dem bekannten großen Wort gemessen werden, daß man klüger ist, wenn man vom Rathause kommt, als man war, als man hineinging.

Entschädigung.

Was in Berlin nicht nur möglich ist, sondern sogar geschehen sein soll, ist einer erbaulichen Schilderung Berliner Zustände in der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen, der nichts hinzugefügt zu werden braucht:

In Berlin leben etliche jüngere Diplomaten der vornovemberlichen Zeit, auch solche, die ihr Schrittmacher waren, und warten auf ihren Stern. Manche in so guten Verhältnissen, daß sie trotz Teuerung und Notopfer ein großes Haus machen können. Herr v. Kühlmann, dessen Bukarester nächtliche Eskapaden längst bekannt sind, hat die viele Millionen schwere Tochter des verstorbenen Friedländer-Fuld geheiratet, des Kohlenhändler-Magnaten, in dessen Palais am Pariser Platz zu Berlin so viel Raum war, daß im Wintergarten im Hause selbst ein Tennis-Court angelegt werden konnte. Die junge Friedländer wollte zuerst einen etwas östlichen Fürsten heiraten und lernte eifrig russisch. Dann heiratete sie einen ebenso westlichen Beinahe-Lord, der in einem Kontor in Hamburg arbeitete, ein eigenes Palais in der Berliner Bendlerstraße nebst Mitgift erhielt, aber die Frau als Beilage ablehnte. Es kam zur Scheidung. Nun hat Kühlmann die Geschiedene, das Geld, die Palais, und veranstaltet Feste und lädt ehemalige Kollegen dazu ein. Auch der volksparteiliche Freiherr v. Lersner geht neulich hin und erschrickt; in allen Sälen ist es voll von Ententeoffizieren. Er stellt Herrn von Kühlmann, der entschuldigt sich und sagt, das Einladen besorge seine Frau und nötigt Lersner zum Bleiben. Schickt am nächsten Tage auch noch einen „aufklärenden" Brief hinterdrein. Es vergeht einige Zeit, es kommt eine neue Einladung. Lersner geht hin, und findet wieder die fremde Gesellschaft vor, macht diesmal allerdings kurz Kehrt und verschwindet.

Wer da meint, daß man auf gesellschaftlichem Boden in Völkerversöhnung machen könne, den sei ein kleines Nachspiel erzählt. Eine Dame, die mit bei Kühlmanns war, begegnet darnach auf der Straße ihrem Tischherrn, einem Entente-Offizier, der sie fast streift, aber nicht grüßt. Er wird von dem deutschen Begleiter der Dame auf deren Bitte gestellt und erklärt nun wörtlich: „Im Salon mache ich mir schließlich nichts daraus, mit einer deutschen Dame zu verkehren, aber auf der Straße grüße ich keine Angehörigen des feindlichen Landes!" So tief in Schanden waren wir noch nie.

Streik im Speisewagen Berlin-Köln

Man schreibt dem Berliner Tagbl.: Die Passagiere des D-Zuges Berlin—Köln, der 12 Uhr 25 Minuten mittags Berlin, Friedrichstraße verließ, waren kürzlich nicht wenig überrascht, als sie hinter Charlottenburg ihre Plätze im Speisewagen einnehmen wollten und hören mußten, daß Speisen nicht verabfolgt werden dürften. Dieses Ereignis wurde damit erklärt, daß der Betriebsrat der „Mitropa" kurz vorher eine Streikparole herausgegeben habe, da die Forderungen der kaufmännischen Angestellten von der „Mitropa" nicht bewilligt worden waren. Es bemächtigte sich der Passagiere eine sehr gereizte Stimmung, umsomehr, da niemand Lebensmittel mit sich führte und auch nicht beabsichtigte, bis Köln zu fasten. Es fehlte nicht viel, daß der Vorfall in Tätlichkeiten ausgeartet wäre. In dieser kritischen Situation nahm sich ein energischer Reisender der Sache an. Man wählte unter den Speisewagenpassagieren einen Betriebsrat, und dieser überreichte im Namen der Passagiere den streikenden Angestellten ein Ultimatum, daß, falls nicht sofort die bereits gekochten Speisen verabreicht würden, die Passagiere vorübergehend von dem Speisewagen Besitz ergreifen würden. Der Stimmung der Passagiere Rechnung tragend, blieb den Angestellten nichts weiter übrig, als nachzugeben, umsomehr als die Situation immer bedrohlicher wurde. Der kaufmännische Angestellte, der im Zuge anwesend war, weigerte sich trotz alledem, die Rechnungskontrolle zu führen. Auch nach dieser Richtung wurde Abhilfe geschaffen, denn die Reisenden übernahmen abwechselnd die Buchführung.